



Erkenntnis im Wählerteich

ZEICHNUNG: JÜRGEN JANSON

Provokation der Mittelschicht

Das zweite Jahr Rezession, düstere Aussichten für die Wirtschaft. Doch Deutschland leistet sich nichtsdestotrotz ein monströses Haushaltsvolumen und finanziert das mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast im OECD-Raum. Trotzdem kommt der Staat mit dem Geld nicht aus: Das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung lag 2024 bei 2,6 Prozent.

Aber nun ist Wahlkampf, und so plakatiert jede Partei irgendetwas wie „Entlastung“. Ernst nehmen kann das angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte allerdings kein Wähler. Und in der Tat – am Ende träumen viele Parteien in Wirklichkeit davon, die Schröpfköpfe beim produktiven Bürger noch dichter anzusetzen als bisher schon. Das träfe insbesondere diejenigen, die sich nicht auf den Staat verlassen und für ihre ökonomische Absicherung selbst Verantwortung übernehmen. Zwei Beispiele der vergangenen Woche.

■ **Robert Habeck**, amtierender grüner Wirtschaftsminister, möchte Sozialbeiträge auf Zinseinnahmen einführen. Wer also Einnahmen aus Börsen-Anlagen und Vermietung bezieht, soll neben den anfallenden Steuern auch noch Beiträge zur Krankenversicherung zahlen. Das trifft all jene, die privat fürs Alter vorsorgen. Ihr Geld soll zum Löcher stopfen im maroden deutschen Sozialsystem verwendet werden. Angeblich will Habeck nur „Reiche“ zur Kasse bitten – Konkretes bleibt der Grüne allerdings schuldig.

Das macht aber nichts

Der Wahlkampf treibt giftige Blüten: Es gibt Parteien, die möchten im Namen von „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ an die Anlagen der Deutschen. Das ist auch Ausdruck der kollektivistischen Traditionen des Landes, sagt Alexander Will.

denn am Ende würde es so laufen: Die wirklich Reichen entziehen ihre Erträge problemlos dem Zugriff des Staates, und zwar ganz legal. Wer in seinen Netzen hängen bleibt, sind jene, denen es nicht schlecht geht, aber eben nicht gut genug, um solchen Fischzügen auszuweichen.

Habeck führte hier, wie häufig bei derartigen Themen, seine Standard-Vorstellung auf: Er macht einen Vorschlag, kann ihn aber nicht schlüssig erklären oder rechtfertigen. Also weicht er auf die morali-



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

sche Ebene aus. Aktuell: Hier ginge es ja um Solidarität, um Gerechtigkeit. Tja – und wer wollte denn schon gegen Solidarität sein? Er müsste ein Unmensch sein! Herummoralisieren kompensiert so fehlende politische Überzeugungskraft.

„Solidarität“ ist dabei einer der am meisten politisch missbrauchten Begriffe. Dabei ist Solidarität im Grunde eine gute Sache. Sie bezeichnet die auf Gemeinschaftsgefühl begründete gegenseitige Unterstützung von Mitgliedern

einer Gruppe. Der deutsche Soziologe Alfred Vierkandt hatte das bereits 1928 erkannt. Er beschrieb damals „Solidarität“ als „Zusammengehörigkeitsgefühl, das praktisch werden kann und soll“. Nur: Grundvoraussetzung war für Vierkandt absolute Freiwilligkeit bei der gegenseitigen Unterstützung. Was Habeck & Co dagegen meinen, wenn sie „Solidarität“ sagen, ist zwangsweise Entziehung von Eigentum.

■ **Das trifft auch auf den Plan der Linkspartei** für einen flächendeckenden „Mietendeckel“ zu. Deren Wahlkampfdiege der vergangenen Woche: Der Staat solle die Mieten begrenzen, den Vermietern vorschreiben, was sie an Miete verlangen dürfen.

Eine irre Idee: Wenn die dann noch auf ihre Mieteinnahmen Sozialabgaben nach dem Habeck-Plan zahlen müssen, lohnt sich Vermietung nicht mehr. Woher soll dann das Geld für Instandhaltung von Wohnungen kommen? Gekniffen sind wieder all jene, die sich im Vertrauen auf die Aufforderung des Staates, doch selbst für das Alter vorzusorgen, eine Mietwohnung zugelegt haben. Der Staat entzogen sie zwar nicht direkt –

schränkt aber die Verfügung über ihr Eigentum so weit ein, dass es nichts mehr nützt, ja sogar zur Last wird.

Das erinnert an totalitäre, kollektivistische Epochen: Einen totalen Mietpreisstopp hat im Oktober 1936 die nationalsozialistische Regierung in Deutschland erlassen. In der DDR galt der bis 1989 weiter. Das Resultat waren komplett marode Wohnungsbestände, die in vielen Städten zu Slums heruntergekommen waren.

■ **Heute speisen sich grüne Abgaben-Idee** wie rote Mietpreisbremse aus dem gleichen kollektivistischen Denken in Parteien, in denen schon der Gedanke, dass sich Menschen um sich selbst kümmern könnten und sich nicht auf den Staat verlassen, zu Schnappatmung führt. Hier ist die Angst vor dem und die Abneigung gegen den mündigen Einzelnen, der sich erdreistet, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen am Werke.

So ticken allerdings nicht nur Parteien, so tickt der deutsche Mainstream. In Deutschland ist der Beamte Leit- und Vorbild – nicht der erfolgreiche Unternehmer. Abneigung gegen den wirtschaftlichen Erfolg und Ressentiments gegen den wirtschaftlich Erfolgreichen gehören zum guten Ton. In der Krise mehr denn je. Der politische Kampfbegriff „Reiche“ ist Sinnbild dieses traditionellen deutschen Populismus. Die Geisteslage anderer Länder ist da eine bessere – dort gilt der schaffende Unternehmer mehr als der aus Steuergeld alimentierte Staatsdiener.

■ **Was also tun?** Es steht zu

„In Deutschland ist der Beamte Leit- und Vorbild – nicht der erfolgreiche Unternehmer. Abneigung gegen den wirtschaftlichen Erfolg und Ressentiments gegen den wirtschaftlich Erfolgreichen gehören zum guten Ton. In der Krise mehr denn je. Der politische Kampfbegriff ‚Reiche‘ ist Sinnbild dieses traditionellen deutschen Populismus.“

fürchten, dass Wahlen wenig ändern werden. Eine liberale Partei, die diesen Namen verdient, gibt es in Deutschland nicht. Den Wahlversprechen der Union war noch nie zu trauen, zu tief sind Merkel-Opportunismus und Blüm'scher Herz-Jesu-Sozialismus dort verwurzelt. Von SPD über Grüne bis Linkspartei und BSW träumt man in Abstufungen von einer Art Sozialismus, in dem alle möglichst gleich arm sind, veganisieren und sich mit dem Lastenrad fortbewegen. Die AfD hegt die abartige Idee einer nivellierten Volksgemeinschaft, deren Kitt Blutsbande und Sozialleistungen sind und in der ja keiner aus der Reihe zu tanzen hat.

Mit Freiheit, ökonomischer und politischer Mündigkeit hat das alles nichts zu tun. Es brauchte eine individualistische Wende, die in diesem Land mit dieser Geschichte allerdings kaum zu erwarten ist.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

